

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 67/2009

Sitzung vom 25. März 2009

459. Dringliches Postulat (Finanzplatz Zürich muss in der Experten- gruppe des Bundes vertreten sein)

Die Kantonsräte Philipp Kutter, Wädenswil, Thomas Maier, Dübendorf, und Peter Ritschard, Zürich, haben am 2. März 2009 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Interessen des Finanzplatzes Zürich in der Expertengruppe des Bundesrates zur Zukunft des Finanzplatzes und des Bankgeheimnisses angemessen vertreten werden können.

Begründung:

Der Bundesrat reagiert auf die zweifelhaften UBS-Geschäfte in den USA, das Vorgehen der Finanzmarktaufsicht (Finma) und den internationalen Druck auf das Bankgeheimnis sehr zögerlich. Erst am 25. Februar 2009, also reichlich spät, hat er einen dreiköpfigen Ausschuss eingesetzt, der sich zusammen mit Experten dem Fall UBS–USA annehmen soll.

Die CVP, GLP und EVP sind erschrocken über die gemächliche Gangart des Bundesrates. Erst hatte er die aktuellen Herausforderungen des Finanzplatzes Schweiz unterschätzt und zu spät gehandelt und nun tut er so, als habe die Schweiz alle Zeit der Welt, eine Strategie zu erarbeiten.

Angesichts des Bundesberner Schnecken tempos ist es nicht verwunderlich, dass in Zürich die Nervosität steigt. Hier hat der Finanzplatz eine Bedeutung wie nirgendwo in der Schweiz, hier sind überdurchschnittlich viele Finanzexperten ansässig. Zürich hat ein besonderes Interesse daran, dass der Bundesrat rasch handelt und dass er kompetente Experten um sich scharft, die auch mit den speziellen Bedürfnissen des Finanzplatzes Zürich vertraut sind.

Der Regierungsrat muss sich darum dringend in Bern einbringen und sicherstellen, dass der Zürcher Finanzplatz eingebunden ist und dass die Arbeiten beschleunigt werden. Er darf das Dossier, das einen der wichtigsten Wirtschaftszweige Zürichs tangiert, nicht allein Bundesbern überlassen, zumal dessen Akteure nicht den Eindruck machen, alles im Griff zu haben.

Der Kantonsrat hat das Postulat an seiner Sitzung vom 9. März 2009 für dringlich erklärt.

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum dringlichen Postulat Philipp Kutter, Wädenswil, Thomas Maier, Dübendorf, und Peter Ritschard, Zürich, wird wie folgt Stellung genommen:

Die Finanzwirtschaft ist für den Kanton Zürich von herausragender Bedeutung. In diesem Sektor arbeiten gegen 80 000 Arbeitskräfte bzw. über 10% aller Beschäftigten. Die jährliche Wertschöpfung je Bankmitarbeiterin und -mitarbeiter betrug im Jahr 2006 durchschnittlich rund Fr. 350 000. Hinzu kommen die zahlreichen Zulieferer aus verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen sowie die vielen Dienstleister für den Finanzplatz. Sie alle sind von den Geschehnissen in der Finanzbranche ebenfalls betroffen. Die schwierige Lage in diesen Unternehmen, bei deren Mitarbeitenden und Angehörigen beeinflusst den Konsum, den Arbeitsmarkt und die Steuern unmittelbar und derart tief greifend, dass mit bis zu einer Verdoppelung der durch die Finanzindustrie direkt bewirkten wirtschaftlichen Einbussen gerechnet werden muss. Bereits in der Vergangenheit haben Bund und Kanton bei der Bewältigung von durch Krisen verursachten Verwerfungen in verschiedenen Gremien gut zusammengearbeitet. Ein solches Vorgehen empfiehlt sich auch hier. Für den Kanton ist es von zentraler Bedeutung, dass seine gewichtigen Interessen bei der Massnahmenplanung des Bundes berücksichtigt werden. Der Vorstoss ist zweckmässig.

Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat KR-Nr. 67/2009 im Sinne der Erwägungen entgegenzunehmen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi